

Ende der Übergangsperiode?

Aus russischen Fachzeitschriften der ersten Hälfte 2003

Falk Bomsdorf

Im Jahre 2003 haben immer mehr Menschen in Rußland zu fragen begonnen, in was für einem Staat, in was für einem System sie leben, was erreicht worden ist und was nicht. Anlässe zum Innehalten und Nachdenken gerade zu dieser Zeit gibt es viele: Vor zehn Jahren ist die Verfassung in Kraft getreten; Präsident Putin blickt auf bald vier Jahre Amtszeit zurück und bewirbt sich erneut; im Dezember wird eine neue Staatsduma gewählt; vor allem aber scheint eine Art von Stabilität eingetreten zu sein, die – mag sie bei näherem Hinsehen auch trügerisch sein – den Menschen erlaubt, über die täglichen Mühen hinaus auf das Land und seine Gesellschaft zu schauen und in seine jüngste Geschichte zurückzublicken. Auch in den Fachzeitschriften schlägt sich dieses Innehalten nieder: Zahlreiche Autoren versuchen eine Antwort auf die Frage zu geben, wo Rußland gegenwärtig steht, wie es sich in den vergangenen Krisen und Konflikten verhalten hat und wie es sich künftig in der Welt positionieren soll.

Rußland und der Irak-Krieg

Im Berichtszeitraum finden sich erstaunlich wenig Beiträge, in denen der Irak-Krieg und seine Folgen für Rußland aufgearbeitet werden. Vielen Autoren, zumal denen, die seit langem an den USA kein gutes Haar lassen und deren Artikel häufig an dieser Stelle vorgestellt worden sind, scheint es die Sprache verschlagen zu haben. Vielleicht halten sie sich auch – noch – bewußt zurück, im Wissen, daß jede Kritik an den USA auch eine Kritik an Präsident Putin wäre, der zwar an seiner Ablehnung des amerikanischen Vorgehens gegen den Irak keinen Zweifel gelassen hat, aber sich doch schon bald nach Ende des Krieges wieder in

schönster Eintracht mit George Bush zeigte. Zwei der gleichwohl erschienenen Artikel seien hier vorgestellt.

Der eine Artikel stammt aus der Feder des Politologen **Aleksandr Sentjabrev** und ist in der Juniausgabe der patriotischen Zeitschrift *Obozrevatel'* (*Beobachter*) unter der Überschrift »Die Lehre des Irak 2003« erschienen. Der Autor kritisiert nicht nur – das war zu erwarten – die USA wegen ihres Vorgehens gegen den Irak; fast noch mehr polemisiert er gegen diejenigen auf der russischen Seite, die, wie er schreibt, bereit seien, jedes Handeln der USA in der internationalen Arena zu rechtfertigen. Sie hätten sich nach Ende des Krieges gegen den Irak mit vehementer Kritik auf die

* Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung

russische Außen- und Sicherheitspolitik gestürzt, mit der Argumentation, man hätte von Anfang an die USA in ihrem Kampf gegen den Tyrannen Saddam unterstützen müssen, wie gegen jeden anderen Tyrannen auch, der den Terrorismus nähre; in diesem Fall hätte man noch ein Stück vom irakischen Kuchen abbekommen. Gleichzeitig wendet sich der Autor gegen alle diejenigen in Rußland wie in der internationalen Arena, welche die Irakfrage wieder in die Vereinten Nationen und damit auf das rechtliche Feld zurückholen und die USA zu einem entsprechenden Kompromiß veranlassen wollen. Das sei alles Appeasementpolitik, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg gegenüber dem Dritten Reich betrieben worden sei. So wie damals Hitler nicht an weiteren Aggressionen gehindert worden, sein Appetit im Gegenteil nur noch gesteigert worden sei, werde auch Präsident Bush sich nicht von weiteren Kriegen à la Irak abhalten lassen, zumal in den USA bald Wahlen anstünden und ein neuer »kleiner siegreicher Krieg« in dieser Hinsicht sehr nützlich sein könne, schließlich wolle Bush junior nicht das Schicksal seines Vaters teilen. Schon sei Iran ins Visier genommen worden und amerikanische Streitkräfte hätten sich den Grenzen Rußlands gefährlich genähert. In dieser Perspektive sei das Risiko, daß ein Krieg der USA gegen Iran auch russisches Territorium erfasse, außerordentlich hoch. Der ganze nördliche Kaukasus könne in die Luft fliegen, meint der Autor und fügt die Frage hinzu, was wohl passieren werde, wenn in einem solchen Konflikt Massenvernichtungswaffen eingesetzt würden.

In dieser Perspektive könne sich Rußland nicht – ein Seitenhieb gegen Putins Außenpolitik – nach dem Prinzip verhalten »Viel Lärm um nichts.«. Ein solcher Kurs unterscheide sich kaum von demjenigen, den Jelzin und sein Außenminister Kozyrev betrieben hätten, deren Diplomatie der Nachsicht gegenüber dem Westen nur zur Aggression der Nato gegen Jugoslawien und letztlich zum Irak-Krieg geführt habe. **Jurij Fedorov**, stellvertretender Direktor des

Instituts für angewandte internationale Studien, betrachtet dieselbe Problematik von einem eher aufgeklärten Standpunkt aus. In seinem Artikel, erschienen unter dem Titel »Der Krieg im Irak: Lehren für Rußland« in der Juni-Nummer von *Evropejskaja bezopasnost' (Europäische Sicherheit)* stellt Fedorov die Probleme dar, denen sich Rußland vor dem Irak-Krieg und noch mehr nach seinem Ende gegenüber sah und noch gegenüber sieht. Das Land befand sich, so der Autor, nach dem schnellen Ende der Auseinandersetzung zusammen mit Frankreich und Deutschland im »Lager der Verlierer«. Dies sei inzwischen eine allgemein anerkannte Tatsache. So sei es denn auch nicht verwunderlich, daß man in Moskau erneut Antworten auf die zwei klassischen russischen Fragen suche: Wer ist schuld? Was tun? Diese Fragen stellten sich auch weiterhin, selbst wenn die Krise der strategischen Partnerschaft zwischen Rußland und den USA inzwischen überwunden sei.

Rußland befand sich, so der Autor, Anfang des Jahres angesichts des drohenden Irak-Krieges in einer schwierigen Position. Die antiamerikanischen Gefühle, ohnehin seit langem in der russischen politischen Klasse vorhanden, hätten sich wieder breitgemacht; sowohl bei den Kommunisten als auch in der »Partei der Macht« sei für die Wiederaufnahme der Konfrontation mit den USA geworben worden, und zwar auch mit dem Mittel, wie Fedorov schreibt, zynischer Manipulation. Erneut habe sich bemerkbar gemacht, daß in Rußland, so der Autor, einflußreiche Gruppen der Bürokratie und einer bestimmten wirtschaftlichen Lobby existieren, deren Überleben in vielem von der Beibehaltung der traditionellen sowjetischen Konfrontation mit dem Westen abhängt. In dieser Perspektive sei, so Fedorov, die gesamte außenpolitische Strategie von Präsident Putin gefährdet gewesen. Moskau habe daher das militärische Vorgehen der USA gegen das Regime von Saddam Hussein nicht unterstützen können – dies hätte die Kritiker des Präsidenten auf den Plan gerufen und ihn zur Zielscheibe politischer Demagogen ganz

unterschiedlicher politischer Ausrichtung gemacht. Andererseits habe der Präsident auch die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten nicht aufgeben können, die in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Elemente der russischen Außenpolitik geworden sei. Dieses Dilemma sei noch vergrößert worden durch die schwierige Wahl, der sich Rußland bei Beginn des Krieges gegenübergesehen habe: Würden die USA die Auseinandersetzung siegreich beenden, müßte Rußland entweder die neue Rolle der USA und die strategische Partnerschaft zu neuen, amerikanischen Bedingungen akzeptieren, und zwar sehr zum Mißfallen der russischen Elite. Oder aber Rußland könnte sich entschließen, den USA entgegenzutreten – allerdings ohne irgendwelche Chancen auf Erfolg. Rußland sähe sich in diesem Fall an die Peripherie der Weltpolitik gedrängt. Doch eine Niederlage der anglo-amerikanischen Koalition im Irak-Krieg hätte, so Fedorov, noch unangenehmere Folgen für Rußland gehabt: In diesem Fall hätten sich die USA wahrscheinlich in die Isolation zurückgezogen, was mit Sicherheit zu einem Anwachsen des internationalen Terrorismus und zu einer Ermütigung der »Schurkenstaaten« geführt hätte. Vladimir Putin habe sich, so der Autor dem Sinne nach, achtbar aus dieser schwierigen Lage befreit und die Straße der Verlierer verlassen. Spätestens Ende Mai 2003 sei mit dem Treffen von Putin und Bush in St. Petersburg die russisch-amerikanische Krise beendet worden.

Fedorov meint, so weit hätte es gar nicht kommen müssen. Doch hätten viele sicherheitspolitische Beobachter in Rußland vor dem Krieg die Lage falsch eingeschätzt und seien von einer langandauernden militärischen Auseinandersetzung einschließlich einer »Schlacht um Bagdad« ausgegangen. Darüber hinaus seien die Perspektiven einer – in Rußland mehrheitlich gewünschten – »multipolaren Welt« als Ergebnis des Irak-Krieges nichts anderes als Illusionen gewesen. Und auch das Dreieck Rußland–Frankreich–Deutschland hätten viele fälsch-

licherweise als eine dauerhafte Einrichtung angesehen. Entscheidend für den diplomatischen Mißerfolg Rußlands sei indessen das für einen wesentlichen Teil der russischen politischen Klasse charakteristische antiamerikanische Syndrom gewesen. Diese Haltung habe Rußland in die Krise und in das Lager der Verlierer getrieben. Fedorov fügt dem warnend hinzu, diese besondere Mentalität der russischen politischen Klasse müsse überwunden werden, sonst werde die russische Außenpolitik periodisch in die Falle des Antiamerikanismus geraten, mit jeweils verheerenden Folgen. Man dürfe nicht zulassen, so Fedorovs Forderung, daß das antiamerikanische Syndrom die Wahrnehmung der neuen Weltlage nach dem Irak-Krieg verzerre.

Rußlands »pragmatische Außenpolitik«

In der zweiten Nummer der neuen Zeitschrift *Rossija v global'noj politike (Rußland in der Weltpolitik)* nimmt **Sergej Karaganov**, Vorsitzender des Redaktionsrates (sowie des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik), unter der Überschrift »Chancen und Drohungen der neuen Welt – die Politik Rußlands in der Epoche der Globalisierung« das 300jährige Bestehen St. Petersburgs zum Anlaß, den künftigen Kurs Rußlands zu bestimmen. Nach der im wesentlichen fehlgeschlagenen zaristischen und sowjetischen Phase sei Rußland nunmehr in die dritte Etappe seiner Modernisierung eingetreten. Im gesellschaftlichen Bewußtsein kehre Rußland dorthin zurück, woher es stamme: nach Europa, allerdings nachdem es zuvor, so Karaganov, die »belebenden Säfte der Zivilisationen Asiens« aufgesogen habe. Die Integration Rußlands in Europa hat für den Autor eine andere Bedeutung als noch vor zehn oder hundert Jahren: Heute seien die europäischen Werte auf der ganzen Welt verbreitet; den europäischen Weg gingen nicht nur die USA, sondern auch ein wesentlicher Teil Asiens. Mit der Europäisierung der Welt, wie er es nennt,

ist für Karaganov der alte russische Streit zwischen Westlern und Slavophilen sowie zwischen denen, die das Land nach Westen ausrichten wollen, und denen, die eine eurasische Konzeption vertreten, faktisch beendet – eine, wie Karaganov mit Sicherheit weiß, kühne These. Der Moskauer politischen Klasse mit ihren nationalpatriotischen Ansichten schreibt er ins Stammbuch, Rußland sei im Westen wie im Osten von Staaten mit dynamischem Wachstum und immer offeneren Gesellschaften umgeben; nur im Süden, in Zentral- und Südasien sowie in Afrika gebe es Staaten, die sich der neuen erfolgreichen Zivilisation zumindest bisher nicht hätten anschließen können. Damit stehe das Land vor einer einfachen Alternative: entweder mit den wohlhabenden, sich entwickelnden und demokratischen oder mit den armen, verfallenden und autoritären Staaten gemeinsame Sache zu machen. Die Wahl sei klar, ja sie sei gar keine; denn die Geschichte habe entschieden, wohin sich Rußland wenden solle: in Richtung Fortschritt, Wohlstand und Freiheit. Oder, ruft Karaganov den »wahren Patrioten« zu, wollten sie vielleicht, daß Rußland sich der zweiten Gruppe anschließe? Wollten sie etwa zu einem System zurück, das seine historische Ineffizienz bewiesen habe?

Karaganov warnt allerdings vor dem Glauben, der Weg nach »Westen«, nach »Europa«, in Richtung Fortschritt und Wohlstand, sei einfach. Das Gegenteil sei der Fall. Gründe dafür seien vor allem der ungeheure Niedergang Rußlands in den neunziger Jahren und die langwierige Systemkrise. Erst in den letzten Jahren hätten sich die Dinge zum Besseren gewendet. Entscheidend sei aber, und dies ist die wichtigste Botschaft Karaganovs für seine russische Leserschaft: »Ungeachtet aller Reibungen ist die Außenwelt insgesamt gesehen freundschaftlich gewesen und wir mußten keine Ressourcen mehr für eine Konfrontation abziehen.« Doch gebe es in vielerlei Hinsicht neue Herausforderungen. So kehre auch militärische Macht als Faktor auf die Bühne der Weltpolitik zurück.

Rußland müsse folglich dringend seine Streitkräfte reformieren und sich weiterhin auf sein Kernwaffenpotential abstützen. Dieses sei nicht nur Garant der Sicherheit des Landes, sondern gewährleiste auch, daß die internationale Politik nicht weiter verfallende (»degradierende«).

Schließlich wendet sich Karaganov der russischen Außenpolitik für das 21. Jahrhundert zu. Ihr Ziel müsse die Gewährleistung langfristiger günstiger Bedingungen für die Modernisierung des Landes sein, ihr Grundprinzip die Ausrichtung auf Erzielung wirtschaftlicher Vorteile. »Die Verteidigung wirtschaftlicher Interessen des Landes, der russischen Geschäftswelt, wesentlicher Gruppen der Bevölkerung hat unbedingten Vorrang vor den vielen geopolitischen Ambitionen und dem Prestigedenken« – ein Seitenhieb gegen die vielen Stimmen, die allein dem traditionellen russischen Großmachtdenken verhaftet sind und antiwestliche Koalitionen befürworten. Rußland müsse, unterstreicht Karaganov, in die Weltwirtschaft integriert werden; nur unter dieser Bedingung könnten die wirtschaftlichen und sozialen Reformen im Land gelingen, könne sich sein Humankapital als der wesentliche Faktor des Erfolges entwickeln. Bei alledem müsse Rußland eine »pragmatische Linie« einhalten und jede Konfrontation vermeiden, solange es nicht um lebenswichtige Interessen gehe. Zu diesen Interessen gehöre die Aufrechterhaltung von Stabilität in den Staaten der ehemaligen UdSSR; dabei sei – eine bemerkenswerte Botschaft – »in langfristiger Perspektive eine freiwillige und gegenseitig vorteilhafte Reintegration mit einigen von ihnen« nicht ausgeschlossen.

Karaganov macht allerdings deutlich, daß die von ihm befürwortete Allianz mit den fortgeschrittenen demokratischen Staaten nicht als exklusive Festlegung zu verstehen ist: »Handeln müssen wir dort, wo es für uns vorteilhaft ist. In unserem Interesse liegen freundschaftliche oder partnerschaftliche Beziehungen sowohl mit China als auch mit den europäischen Staaten und der EU als solcher, sowohl mit

den USA als auch mit der arabischen Welt [...]. Unter den Bedingungen einer sich dynamisch wandelnden Welt gewährleistet eine in alle Richtungen zielende Politik Flexibilität in der internationalen Arena.« Diese Flexibilität, mit dem unübersetzbaren Begriff »mnogovektornost'« bezeichnet, soll offenbar das Alternativkonzept zum immer wieder in Rußland beschworenen Ziel der Multipolarität sein: Mit einer Außenpolitik »à tous azimuts« könne Rußland, so Karaganov dem Sinne nach, bessere Ergebnisse erzielen als bei eindeutigen Festlegungen und damit Begrenzungen seines Spielraums. Auch bei Karaganov also findet sich der Tendenz nach die inzwischen nachgerade klassische russische Haltung des »sowohl als auch«: Man will die Vorteile aus allen Welten genießen, will gleichzeitig drinnen und draußen sein – je nachdem, wie es der eigene Vorteil einem eingibt. Mit Europa und den USA eng zu kooperieren, zur Zusammenarbeit bei der Verhinderung der nuklearen Proliferation aufzurufen und gleichzeitig Iran faktisch zu einer Basis für die Entwicklung von Nuklearwaffen zu verhelfen paßt ebenso zu einer solchen Haltung wie etwa die an die Europäer gerichtete Forderung – auch von Karaganov in seinem Beitrag erhoben –, Rußland die Schulden der Sowjetunion zu erlassen oder sie doch zu reduzieren.

Karaganovs Artikel hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Zunächst als Ausdruck einer aufgeklärten Haltung erscheinend und in mancherlei Hinsicht tatsächlich vom herkömmlichen Großmachtdenken abweichend, kommt bei näherem Hinsehen eine *einseitig* und *ausschließlich* an russischen Interessen orientierte Einstellung zum Vorschein, die hinter der Bezeichnung »Pragmatismus« versteckt wird. Überdies ist in Karaganovs Artikel von gemeinsamen Werten nicht die Rede. Steckt hinter alledem, so fragen bereits besorgte russische Kommentatoren, nicht schon wieder der Gedanke der »peredyška«, des Atemholens und Kräftesammelns, bis das Machtpotential wieder ausreicht, um

ungeniert und ohne Hindernisse die russischen Interessen auszuleben?

Fast wie ein Kommentar zu Karaganov und seiner keineswegs eindeutigen Aussage zum Verhältnis zwischen Rußland und Europa liest sich der Artikel des Soziologen **Aleksandr Janov**, erschienen in der dritten Nummer der Zeitschrift *Neprikosnovennyj zapas* (etwa *Eiserne Reserve*) unter der Überschrift »Die zivilisatorische Unbeständigkeit Rußlands«. Janovs Artikel ist ein Plädoyer für die umfassende Annäherung des heutigen Rußlands an Europa – allerdings mit einem skeptischen Ausblick. Der Autor begründet seine Auffassung nicht, wie so viele andere Urheber entsprechender Aufrufe, mit wirtschaftlichen und politischen Vorteilen einer solchen Annäherung. Vielmehr geht er in die russische Geschichte zurück und sucht so seine These zu belegen, daß Rußland im Laufe der Jahrhunderte eine »zivilisatorische Labilität« gezeigt habe, und zwar sehr zu seinem Nachteil. Alle anderen europäischen Staaten seien im Laufe der Geschichte in ihrem Bezugssystem geblieben, mit der einzig möglichen Ausnahme Deutschlands, das zeitweise einen Sonderweg habe gehen wollen und dabei seine »geistige Kultur« der europäischen »materiellen Zivilisation« entgegengesetzt habe. Rußland aber habe mehrfach seine »Supra-Identität« – Janov entlehnt den Begriff von Ira Strauss – gewechselt: Zunächst, in seiner Frühzeit, habe das Land unbestritten zum Bestand des Kontinents gezählt; danach sei es infolge des Einfalls asiatischer Reiterhorden an seinem weiteren Weg nach Europa gehindert worden: Statt der östlichste Teil Europas zu bleiben, sei das mittelalterliche Rußland zur westlichsten Provinz des Imperiums von Dschingis-Khan geworden. Zwischen Rußland und Europa sei der erste eiserne Vorhang heruntergegangen – für zwei Jahrhunderte habe Rußland, so Janov, nicht nur seine europäische Supra-Identität verloren; ihm sei vielmehr eine völlig andere, eurasisch-mongolische, aufgedrängt worden. Nach der Befreiung vom tatarisch-mongolischen Joch sei Rußland

sehr schnell zu seiner europäischen Identität zurückgekehrt und ein »normaler« nord-europäischer Staat geworden, allerdings nur um bald darauf – vor allem infolge des fehlgeschlagenen Versuchs, die Kirche zu reformieren, wie auch auf Grund des Übergangs zur Leibeigenschaft – eine neue, eigenartige Identität anzunehmen: Rußland habe sich zum autokratischen, imperialen, leibeigenen Moskovien gewandelt: Das Reich habe sich von Europa abgewandt; seine Gesellschaft habe angefangen, sich als die einzig rechthabende in der Welt zu betrachten; der allen Menschen gemeinsame Schöpfer sei zum eigenen, zum russischen Gott geworden, der niemand sonst gehöre. Moskovien sei folglich nach seinem eigenen Verständnis wie nach dem der Westeuropäer nicht integraler Bestandteil Europas gewesen.

Dann seien, so Janov, »europäische Reformer« gekommen, vor allem natürlich Peter der Große. Sie alle hätten versucht, Rußland aus der moskovitischen Sackgasse zu befreien. Gelungen sei dies allerdings nur zum Teil; überdies sei das Land bald wieder zurückgefallen und habe begonnen, gleichzeitig in zwei zeitlichen Dimensionen zu leben: der europäischen und der moskovitischen. Danach habe Rußland noch geraume Zeit auf der Grenze zwischen Europa und Moskovien balanciert, bis seine Elite im Ersten Weltkrieg in kollektivem Selbstmord endete. In Gestalt der Sowjetunion habe Rußland dann erneut für drei Generationen seine europäische Supra-Identität verloren und sich, wie zu moskovitischen Zeiten, als Alternative zur europäischen Zivilisation darzustellen versucht. Doch das neue Moskovien, die UdSSR, habe sich als ebenso hoffnungslose historische Sackgasse erwiesen wie das alte, bis es im Jahr 1991 zusammengebrochen sei. Nun, da kein neuer Peter in Sicht sei, kehre das neue Rußland zur verhängnisvollen Grenze zwischen Europa und Moskovien zurück, an der es sich nach dem Tode Nikolajs I. bewege.

Die Lehre der Geschichte, so Janov am Schluß seines Artikels, bestehe in der

Erkenntnis, daß Rußland jedes Mal, wenn es sich von seiner europäischen Supra-Identität losgesagt habe, ob zu moskovitischen Zeiten, im 19. Jahrhundert unter Nikolaj I. oder in der Sowjetunion, unweigerlich in ein und dieselbe Sackgasse geraten sei, in ein schwarzes Loch, aus dem herauszukommen ohne gigantische Erschütterungen sich als unmöglich erwiesen habe.

Rußlands Osten

Die russischen Autoren schauen indessen nicht nur nach Europa, sondern zunehmend auch nach Asien – das Land liegt schließlich zwischen den beiden Großregionen. Der asiatischen Dimension der russischen Außenpolitik widmet **Dmitrij Trenin**, stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, einen Artikel, erschienen unter der Überschrift »Eine euro-pazifische Macht« in der ersten Nummer von *Rußland in der Weltpolitik*. In ihm geht es um die Zukunft von Rußlands Osten und letztlich um die Modernisierung des Landes. Ausgangspunkt ist die Überzeugung des Autors, daß die Lage im russischen Fernen Osten und in Ostsibirien (Zabajkal'e) zu einem der brennendsten und umfassendsten Probleme Rußlands geworden ist. Natürlich sei die Entwicklung dieser Großregion, so Trenin, eine innere Aufgabe Rußlands. Doch äußere Ressourcen könnten bei ihrer Lösung eine wesentliche Rolle spielen. Damit stellt sich für den Autor die Frage nach der Asienpolitik des Kremls. Hier gebe es Defizite. Im Rahmen der, wie dies bereits genannt werde, »Putin-Doktrin« – Definition von außenpolitischen Zielen in Übereinstimmung mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den inneren Bedürfnissen des Landes – habe man qualitativ neue Beziehungen zum Westen, also den USA und der Europäischen Union, und damit günstige Beziehungen für die Modernisierung Rußlands geschaffen. Aber für Asien habe man in dieser Hinsicht noch keinen wirklichen Platz gefunden: Die russische Asienpolitik

sei, so dem Sinne nach Trenin, weder konsistent noch kohärent. Der Autor will mit seinem Artikel zur Abhilfe beitragen. Seine These: Nur Japan kann Rußland bei seiner Modernisierung voranbringen, eine Partnerschaft Moskaus mit Tokio ist daher unerlässlich.

Die anderen Zielländer russischer Asienpolitik, so der Autor zur Begründung seiner These, hätten Rußland nicht das zu bieten, was das Land brauche. Die Zusammenarbeit mit Indien beschränke sich einstweilen auf militärtechnische Zusammenarbeit und böte im übrigen kaum eine Perspektive für die Entwicklung des Russischen Fernen Ostens. Die Hoffnungen auf eine schnelle Zunahme südkoreanischer Investitionen im russischen Fernen Osten hätten sich nicht erfüllt: Rußland sei nicht attraktiv genug und könne im übrigen auch nicht mit »politischer Währung«, sprich mit realem Einfluß auf Nordkorea, zahlen. Vor diesem Hintergrund bleibt für Trenin die Option einer Ausweitung der Partnerschaft mit China. Die Argumente dafür lägen auf der Hand: Gutnachbarliche Beziehungen Rußlands zu China seien in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen; überdies sei Peking in den letzten Jahren zu einem unersetzlichen Partner Moskaus bei der Stärkung der internationalen Stabilität in Nachbarregionen wie der koreanischen Halbinsel und Zentralasien geworden. Und auch in wirtschaftlicher Hinsicht sei China als ein sich stürmisch entwickelnder, ausichtsreicher Markt von großer Bedeutung.

Doch trotz aller dieser Vorzüge könne China, so Trenin, »objektiv« nicht der führende Modernisierungspartner Rußlands sein: Es gebe zu viele Hindernisse und Begrenzungen – das Land sei ein »problematischer Partner«. Beide Staaten seien in wesentlichen Aspekten ungleich, wobei China meist überlegen sei. Die politische Zukunft des Riesenreiches sei ungewiß, die Machtfrage ungelöst. Ein Modell oder auch nur einen Mechanismus für den Übergang des Landes vom Autoritarismus zur Demokratie gebe es nicht. Unter diesen Umständen könne man nicht ausschließen, daß in

einer Krise Kräfte an die Macht gelangten, die chinesischem Großmachtdenken verhaftet seien. In außenpolitischer Hinsicht werde eine militärische Lösung der Taiwan-Frage die USA auf den Plan rufen; auch die Beziehungen zu Indien und Japan, die eine weitere chinesische Expansion fürchteten, würden leiden. Trenin erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die chinesischrussische Grenze nicht in vollem Umfang fixiert ist und daß die »hypothetische Möglichkeit« bestehe, daß China erneut territoriale Forderungen gegenüber Rußland erhebe.

Was die Wirtschaft betreffe, so böten chinesische Investitionen in Rußland kaum eine Perspektive. Generell sei China keine Quelle moderner Technologie, wie sie Rußland so dringend brauche. Und was den Bedarf des russischen Fernen Ostens an Arbeitskräften betreffe, gebe es, so Trenin, scharfe Begrenzungen: »Das Verhältnis von 5 Millionen Russen in der Region zu 130 Millionen Chinesen im benachbarten Nordostchina bei einer gemeinsamen Grenze von 4300 km bedarf keiner Kommentierung.«

Was für Trenin bleibt, ist die Hinwendung Rußlands nach Japan. Für eine vorrangige Zusammenarbeit mit diesem Land spreche vor allem dessen wirtschaftliches Potential wie auch sein hohes technologisches Niveau und seine finanziellen Möglichkeiten. Zudem seien die Rahmenbedingungen für eine russisch-japanische Annäherung gegenwärtig so gut wie nie. Was die russische Seite betreffe, so habe der Präsident eine starke innenpolitische Position; er erfreue sich des Rufs eines Verteidigers nationaler Interessen, seine Popularität sei groß; die Kontrolle des Kremls über das Parlament und die Massenmedien sowie die, wenn auch erzwungene, Loyalität der regionalen Eliten erlaubten ihm, in der Außenpolitik sehr viel selbstsicherer vorzugehen als seine Vorgänger. Japan seinerseits zeige neuerdings Interesse an den Beziehungen zu Rußland, und zwar aus einer ganzen Reihe geopolitischer, strategischer und ökonomischer Faktoren. Die

anhaltende Zunahme chinesischer Macht stelle Japan vor das Problem der Machtbalance in der Region. Zur Erfüllung dieser Aufgabe seien die USA unerlässlich, aber nicht ausreichend. Japan brauche vielmehr Partner auf dem Kontinent selbst – Rußland sei dafür der geborene Kandidat. Moskau sei auch ein wertvoller Partner mit Blick auf die Probleme vor allem sicherheitspolitischer Art, denen sich Japan in Gestalt Nordkoreas gegenübersehe. Schließlich stelle sich Japan auch die Aufgabe, seine Energiesicherheit zu gewährleisten; sie könne das Land durch Lieferung von russischem Öl und Gas aus Sachalin und Sibirien wesentlich verbessern.

Trenin verkennt nicht die Hindernisse, die einer Partnerschaft entgegenstehen, wie sie die Interessenkongruenz zwischen Japan und Rußland in der Tat nahelegt. In erster Linie ist dies der bekannte Streit um die vier Kurileninseln, bei dem sich keine Kompromißlösung abzeichnet, und der, so Trenin, durch die Schwäche des Staates in Rußland und das Übergewicht seines bürokratischen Apparates sowie die traditionelle Schwäche der politischen Führung in Japan noch schwieriger werde, wo ebenfalls die Bürokraten die Schlüsselrolle spielten. Als weitere Hindernisse für eine japanisch-russische Annäherung kämen der langsame Gang der Reformen in Rußland hinzu sowie das hohe Niveau der Kriminalisierung von Politik und Wirtschaft. Der russische Ferne Osten sei, so Trenin, »äußerst unattraktiv« für die japanische Geschäftswelt.

Trenin hält es gleichwohl für möglich, diese gravierenden Hindernisse mittel- und langfristig zu überwinden. Beide Seiten müßten sich nur ihrer jeweiligen politischen Ziele und ihrer jedenfalls teilweisen Interessenkongruenz bewußt werden. Rußland brauche Japan als Modernisierungspartner und zur Entwicklung seines Fernen Ostens und Sibiriens; Japan brauche Rußland als politische Stütze und als Quelle von Energieträgern in einer Region, wo das Land nicht viele verlässliche Partner besitze. Bewußt werden müßten sich beide Seiten

auch der Tatsache, daß der Streit um die Kurileninseln nur im Wege eines Kompromisses gelöst werden könne, der beide Seiten als Sieger erscheinen lasse. Schließlich müsse Rußland ein realistisches Programm für die Entwicklung Sibiriens und des Fernen Ostens sowie konkrete Projekte für die Kooperation mit Japan ausarbeiten. Die japanische Geschäftswelt müsse sehen, daß ihre Teilnahme an der Entwicklung des russischen Ostens für sie gewinnbringend sei.

Die USA müßten nach ihrer Interessenlage eine japanisch-russische Partnerschaft als vorteilhaft ansehen: Die Stärkung von Stabilität und Sicherheit in Nordostasien sei eines der wesentlichen Ziele amerikanischer Außenpolitik. China allerdings, so läßt Trenin erkennen, werde von einer solchen Partnerschaft seiner Nachbarn nicht begeistert sein. Demgemäß werde Rußland sich gegenüber China in einem solchen Fall der »delikateten« Aufgabe der Schadensbegrenzung gegenübersehen. Moskau müsse Peking geduldig die Motive seiner Politik und ihrer Ziele klarmachen. Es gehe Moskau, so müsse die Botschaft lauten, nicht um die Schaffung einer »geopolitischen Kombination«, sprich um eine Art Bündnis mit Tokio gegen Peking, sondern um die Modernisierung Rußlands und insbesondere seines zurückgebliebenen östlichen Teils.

Rußland, so Trenin zum Schluß, sei nicht mehr »Eurasien« und noch weniger »Euro-Asien«; richtiger könne man es als »euro-pazifisches« Land bezeichnen, das der Welt gegenüber offen sei und nach »besonderen Beziehungen« zur globalen Führungsmacht strebe, den USA. Im Westen sei die EU der wesentliche regionale Partner Rußlands, im Osten könne und solle Japan zu einem solchen Partner werden. Dies seien die beiden unerlässlichen Stützen für die Lösung der einen Aufgabe: Modernisierung Rußlands. In den neunziger Jahren habe Rußland Europa für sich gewonnen; auf der Tagesordnung des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts stehe nun Japan.

Die Fortdauer des »russischen Systems«

Im Mittelpunkt der Juni-Ausgabe von *Znanie-Sila (Wissen ist Macht)*, der seit Sowjetzeiten erscheinenden Zeitschrift, steht nicht, wie bisher üblich, die Frage »Wohin geht Rußland?«. Die Übergangsperiode, von der man vor einem Jahrzehnt gesprochen und sich gefragt habe, was sie denn bringen werde, sei, so die Chefredakteurin der Zeitschrift, **Irina Pruss**, in ihrer Einführung, langsam vorüber; nun müsse man sich einmal das Haus ansehen, in dem man wohne, und das, wie es scheine, nicht nur eine Übergangslösung sei, sondern eine permanente Wohnung. Also müsse man sich jetzt der Frage widmen »Wohin ist Rußland gekommen?«. Auf diese Frage antworten in knappen Beiträgen die Publizisten Dmitrij Furman und Otto Lacin sowie der Soziologe Jurij Levada.

Dmitrij Furman nennt seinen Beitrag »Das gefestigte Rußland«. Für den Autor ist Rußland nun ein Faktum. Lassen Sie uns also, so seine Aufforderung an die Leser, das russische System nicht als ein vorübergehendes, sondern als ein fertiges betrachten. Das Fazit des Autors: Den Russen steht erst noch bevor, eine für das Land völlig neue Fertigkeit zu erwerben, nämlich die eigene Regierung wirklich selbst zu wählen. Die Erfahrung der Selbstbestimmung, so Furman in einem eher düsteren Ausblick am Ende seines Artikels, werde Rußland aber wahrscheinlich erst im Rahmen einer großen Krise machen, die nicht kleiner sein werde, als es die Perestrojka gewesen sei.

Otto Lacin (»Der Monopolismus der Macht«) beklagt den Zustand der russischen Gesellschaft. Wir haben keine bürgerliche Gesellschaft, ruft er aus, wir haben nur eine bürgerliche Menge, und diese fordert nicht Reformen, sondern niedrigere Preise. Das Bewußtsein dieser Menge sei das von Marginalisierten. Sie gebe es zwar in jeder Gesellschaft, doch nur in Rußland habe die beschleunigte Industrialisierung und die Verfrachtung der Menschen vom Dorf in die Stadt sie zur Mehrheit gemacht. Diese

marginalisierten Menschen, so Lacin, hätten eine entsprechende Kultur hervorgebracht: Sie sei ihrer ganzen Natur nach »nicht allzu demokratisch« – eine ironische Untertreibung des Autors.

Jurij Levada, der bedeutende Soziologe, meint in seinem Artikel (»Nachahmung«), wenn man im Rußland von heute Stabilität konstatiere, dann sei dies allenfalls die Stabilität eines instabilen Zustandes. Die angeblichen Errungenschaften des gegenwärtigen Regimes seien nur Illusionen, nur – so sein Schlüsselwort – *Imitate*. Auf allen Ebenen versuche man, etwas vorzuspiegeln, was in Wirklichkeit nicht vorhanden sei: Stärke, Kampf gegen Verbrechen und Korruption, Beständigkeit, Ruhe, Zufriedenheit. Neu ist für Levada nur die Institution des Marktes; sie allein ändere indessen noch gar nichts. Was Levada damit andeutet, ist letztlich nichts anderes als die gegenwärtig in Moskau zu vernehmende These von Rußland als einer *Sowjetunion mit Marktwirtschaft*: Die alten Verhältnisse sind wiederhergestellt; sie vertragen sich prächtig mit dem einzig neuen Element, dem Markt – oder, wie Levada vielleicht sagen würde, mit der Imitation von Markt.

Gleichwohl ist Levada nicht ganz ohne einen gewissen Optimismus: Eine vollständige Restauration hält er für unmöglich. Wenn auch zunächst noch rudimentär, so entstünden doch neue Institute und Institutionen, die sich allerdings in einem ständigen Kampf gegen die alten behaupten müßten. Eindeutig düster ist seine Aussage indessen in einem Aspekt: mit Blick auf den Krieg gegen Tschetschenien: Er werde im ganzen Land geführt, Moskau eingeschlossen. »Tschetschenien ist ins Zentrum des Landes gekommen, und das ist ein klares Zeichen für den Verfall von Gesellschaft, Armee, Staatsgewalt – von allem. Eine Gesellschaft mit einem solchen Geschwür unmittelbar an ihrem Herzen kann vom Grundsatz her nicht stabil sein.«

Eine ausführlichere Antwort auf die Frage, wohin Rußland gekommen sei, gibt der ebenfalls bedeutende Soziologe und Vizepräsident der Stiftung »Liberale

Mission«, **Igor' Kljamkin**, im ersten Heft von *Neprikosnovennyj zapas*. Laut Kljamkin bestehen im Rußland von heute bessere Bedingungen als je zuvor in der Geschichte, um das Projekt einer liberalen Modernisierung des Landes zu verwirklichen. Die Bevölkerung, überwiegend urbanisiert, wende sich, wie entsprechende Umfragen eindeutig belegten, mehr und mehr von den überkommenen Werten ab; diese würden nur noch von einer Minderheit vertreten, während die Mehrheit der Menschen in Rußland eine modernistische Einstellung habe. Aber die Modernisierung komme nicht voran. Das Problem bestehe darin, daß der Bevölkerung bis heute gar kein solches Projekt angeboten werde.

Wie kann, wie muß ein russisches Projekt der Moderne aussehen? Kljamkin hat eine klare Vorstellung: Zentrale Idee des Projektes könne nichts anderes als die Reform der Macht sein. Solange der Staat Eigentümer sei und Eigentum verteile und der administrative Apparat jeder rechtlichen und wirtschaftlichen Verantwortung gegenüber der Bevölkerung für die von ihm getroffenen Entscheidungen enthoben sei, könne man, so der Autor wörtlich, die Modernisierung vergessen. »In der gegenwärtigen Lage kann ein Beamter, der etwa durch sein Handeln einem Unternehmer Schaden zugefügt hat, sich selbst dann bequem zurücklehnen, wenn diese Handlungen vom Gericht als ungesetzlich erkannt worden sind. Um ihn (oder genauer den Staat, der hinter ihm steht) zum Ersatz des Schadens zu zwingen, muß sich der Mensch schon an den Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte wenden. Gibt es viele unter denen, die weiter in Rußland zu leben und zu arbeiten gedenken, die diesen dornenreichen Weg gehen wollen? Und kann sich unter diesen Bedingungen eine effiziente, auf Konkurrenz aufgebaute Wirtschaft entwickeln?«

In dieser Perspektive sei das, so fährt Kljamkin in seiner geradezu leidenschaftlichen Argumentation fort, was man so nüchtern »Verwaltungsreform« nenne, nicht nur eine von vielen Reformen,

sondern die Reform schlechthin. Ohne ihre Durchführung landeten auch die bedeutendsten anderen Reformgesetze im Abseits. Ohne Reform der Administration werde es keine Rechtsordnung geben, und ohne Rechtsordnung werde alles Reden über eine effiziente Wirtschaft, über das hohe Tempo wirtschaftlichen Wachstums usw. nur Gerede bleiben.

Wo ist der Grund für diese negative Einschätzung des russischen Reformprozesses, die manchen gutwilligen deutschen Leser verblüffen mag? Kljamkin sieht ihn im Weiterwirken dessen, was er in Anlehnung an andere Publizisten das »russische System« nennt: eine autokratische Staatsgewalt, eine ihr untergeordnete orthodoxe Kirche, Paternalismus, Abgeschlossenheit des Landes von der äußeren Welt, Vorrang der Interessen des Staates vor denen des Einzelnen, Großmachtambitionen nach außen. In den neunziger Jahren, so Kljamkin, habe es zwar in Rußland einen Wechsel des politischen Regimes gegeben, aber eine Demontage des »russischen Systems« sei ausgeblieben. In seinen wesentlichen Zügen werde es bis heute beibehalten.

Die Folge ist für Kljamkin ein völliger Mangel von Vertrauen in den Staat. 96 Prozent der Bürger seien, wie eine Umfrage belege, davon überzeugt, daß in Rußland staatliche Willkür herrsche. Mehr als 50 Prozent glaubten, daß man sich vor ihr nicht schützen könne. Und 58 Prozent meinten, daß die Staatsgewalt in Rußland sich vor allem wegen der Kumpanei der Staatsdiener und deren Korruptiertheit an der Macht halte. Bei den gegenüber der Modernisierung des Landes aufgeschlossenen Bürgern seien sogar zwei Drittel dieser Auffassung. Bei einer solchen Entfremdung der Bevölkerung vom Staat könne dieser nicht Spender von Vertrauen sein, sondern werde seinerseits zur Quelle von Mißtrauen, das sich schließlich auf die ganze Gesellschaft ausdehne. So führe die Beibehaltung des halbzerfallenen »russischen Systems« zu einer totalen Atomisierung der Bevölkerung, die ihrerseits die Entwicklung einer Zivilgesellschaft blockiere.

Mit der russischen Elite, so der Autor, könne man bei deren gegenwärtigem Zustand nicht rechnen. Sie habe nicht begriffen, was die Bevölkerung in Rußland immer mehr verstehe: In der postindustriellen Gesellschaft brauche es freie Menschen; diese wiederum benötigten allgemeingültige juristische Normen und ihre Beachtung, damit die Freiheit des Einzelnen garantiert werde. Genau dies wolle die Elite nicht: Anstatt freie Individuen zu regieren und sie als Subjekte zu behandeln, ziehe sie Menschen vor, die sie als Objekte von Einwirkung und Manipulation behandeln könne. Deswegen halte sie auch am »russischen System« fest und deswegen habe die Modernisierung des Landes, die ja auf die Reformierung dieses Systems abziele, keine Chance.

Kernpunkt Wahlen

In einer solchen Lage hänge alles, so Kljamkin, davon ab, welche Entscheidung die Staatsgewalt treffe. Wenn auch sie sich weiterhin gegen die Modernisierung Rußlands sperre und am »russischen System« festhalte, seien Stagnation und zunehmender Verfall des gesellschaftlichen und staatlichen Organismus die Folge. In dieser Perspektive könne man, so Kljamkin, die Bedeutung der kommenden Präsidentschaftswahlen kaum überschätzen. Dabei gehe es nicht um den Namen des Siegers – der stehe ohnehin schon fest. Wichtig sei, mit welcher Position der künftige Präsident – Kljamkin meint natürlich Präsident Putin – im Wahlkampf antrete. Werde dies eine an der Modernisierung Rußlands oder umgekehrt am »russischen System« ausgerichtete Haltung sein? Nach den Umfragen, auf die sich Kljamkin stützt, sei die Bevölkerung bereit, Präsident Putin ein Mandat für die Modernisierung Rußlands zu geben – er müsse nur den Wunsch und den Willen haben, die Bevölkerung tatsächlich zu fragen. Wenn er das tue, lege er sich freilich mit dem administrativen Apparat an, also mit der hohen Bürokratie, die bei der Wahl

beträchtlichen Einfluß besitze und einen nicht geringen Anteil der Wählerstimmen kontrolliere. Aber, so Kljamkin in seinem Schlußsatz, in einer solchen Situation zeige sich, ob ein Politiker eine historische Dimension besitze.

Ähnlich wie Kljamkin betont auch **Andrej Rjabov**, Mitarbeiter des Moskauer Carnegie-Zentrums, ungeachtet ihres abzu sehenden Ausgangs die Bedeutung der Wahlen. Mit Blick auf die Dumawahlen gibt er in der Mai-Ausgabe des vom Zentrum herausgegebenen *Brifing* unter der Überschrift »Langweilige« Wahlen an der Nahtstelle der Epochen als Indikator der Probleme der russischen Modernisierung« seiner Skepsis Ausdruck: Die Parteien böten den Wählern keine Idee, kein Projekt von irgendwelcher Bedeutung für die Gesellschaft an; gleichzeitig wüßten die Menschen, daß die Parlamentswahlen keinerlei praktische Auswirkungen auf die Politik hätten; als Folge bringe die Bevölkerung kein sonderliches Interesse für die Wahlen auf. Unter diesen Umständen schreibt Rjabov der »herrschenden Elite« hervorragende Chancen zu, ihre spezifischen Vorstellungen zu verwirklichen. Indessen habe sich diese Elite in eine »geschlossene Korporation« verwandelt, die autonom existiere und von der Gesellschaft nicht kontrolliert werde. Demgemäß dominierten nicht gesellschaftliche, sondern Gruppen- und Claninteressen, sei eine Bereitschaft zu Reformen im Interesse der Gesellschaft nicht zu verzeichnen. In Rußland wird also, so Rjabov, nicht *reformiert*, sondern *stabilisiert*. Die in der Tat eingetretene Stabilität sei dann kein Ergebnis einer erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, sondern letztlich Folge der Ermüdung der Menschen ob der sich hinziehenden Periode schmerzhafter und »nicht gerade ertragreicher« Umwandlungen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Was bleibt? Rjabov, trotz oder vielleicht gerade wegen seiner Zugehörigkeit zur jüngeren Generation russischer Analytiker, drückt es sehr zurückhaltend aus: Angesichts der Situation stelle sich in »nicht

geringem« Ausmaß die Frage, inwieweit die von der »Macht« vorgeschlagenen Reformen die Modernisierung förderten. Die »Errungenschaften der Stabilisierungsepoche« könnten bald verlorengehen. Kljamkin sieht in dieser Hinsicht keinen Anlaß für verbale Verbrämungen der Lage: Seine Analyse des fortdauernden »russischen Systems« läßt dies nicht zu. Aber sein an Präsident Putin gerichteter Aufruf, sich seiner historischen Aufgabe gewachsen zu zeigen, bestürzt eher: Ist dies nicht wieder, ganz in russischer Tradition, ein Appell an den – hoffentlich – »guten« Zaren, sich für das Volk und gegen die »bösen« Bojaren zu entscheiden? Zeigt sich hier nicht erneut die Verlegenheit der russischen Intelligenz? Bei aller Präzision der Analyse bleibt Kljamkin am Schluß seines Artikels jedenfalls nichts anderes, als auf ein Wunder zu hoffen. Denn wenn nicht alles trägt, wird sich Präsident Putin im kommenden Wahlkampf – man scheut sich, dieses Wort für die zu erwartende Farce zu gebrauchen – keineswegs mit der Bitte an die Bevölkerung wenden, ein Projekt wirklicher Modernisierung Rußlands zu unterstützen. Er hat – dies hat Kljamkin selbst ausgeführt – kein solches Projekt. So bleibt nach der Lektüre des Artikels der Eindruck, daß bei allen Kränen, die in Moskau und anderen großen Städten in den Himmel ragen, und bei allem Neonlicht, das die vielen Banken, Luxusgeschäfte und Supermärkte dort erhellt, Rußland noch immer nicht in der Moderne angekommen ist. In dieser Perspektive vom Ende der Übergangsperiode zu sprechen wäre damit gleichbedeutend mit der Aufgabe der Hoffnung auf eine wirkliche Transformation von Land und Gesellschaft.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Aus folgenden Aufsätzen wird zitiert

- Fedorov, Jurij**, Vojna v Irake: uroki dlja Rossii [Der Krieg im Irak: Lehren für Rußland], in: *Evropejskaja bezopasnost': sobytija, ocenki, prognozy*, (Juni 2003) 8, S. 4–8
- Furman, Dmitrij**, Ustojavšajasja Rossija [Das gefestigte Rußland], in: *Znanie-Sila*, (Juni 2003) 6, S. 14–15
- Janov, Aleksandr**, *Civilizacionnaja neustojčivost' Rossii* [Die zivilisatorische Unbeständigkeit Rußlands], in: *Neprikosnovennyj zapas*, (Mai/Juni 2003) 3 (29), S. 18–22
- Karaganov, Sergej**, Šancy i ugrozy novogo mira. Rossijskaja politika v epochu globalizacii [Chancen und Drohungen der neuen Welt. Die Politik Rußlands in der Epoche der Globalisierung], in: *Rossija v global'noj politike*, (April/Juni 2003) 2, S. 10–20
- Kljamkin, Igor'**, *Modernistskij proekt v Rossii* [Das Modernisierungsprojekt in Rußland], in: *Neprikosnovennyj zapas*, (Januar/Februar 2003) 1 (27), S. 89–93
- Lacis, Otto**, *Monopolizm vlasti* [Der Monopolismus der Macht], in: *Znanie-Sila*, (Juni 2003) 6, S. 12–13
- Levada, Jurij**, *Imitacija* [Nachahmung], in: *Znanie-Sila*, (Juni 2003) 6, S. 16–18
- Pruss, Irina**, *Priečali* [Angekommen], in: *Znanie-Sila*, (Juni 2003) 6, S. 9–2
- Rjabov, Andrej**, »Skučnye« vybory na styke epoch kak indikator problem rossijskoj modernizacii [»Langweilige« Wahlen an der Nahtstelle der Epochen als Indikator der Probleme der russischen Modernisierung], in: *Brifing Moskovskogo centra Karnegi*, (Mai 2003) 5
- Sentjabrev, Aleksandr**, *Irakskij urok 2003* [Die Lehre des Irak 2003], in: *Obozrevatel'*, (Juni 2003) 6, <http://www.nasledie.ru/oboz/06_03/6_06.HTM>
- Trenin, Dmitrij**, *Evro-tichookeanskaja deržava* [Eine euro-pazifische Macht], in: *Rossija v global'noj politike*, (Januar/März 2003) 1, S. 26–36